

17. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion Die Linke, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Piratenfraktion

Faire Asylverfahren für alle – Flughafenverfahren abschaffen

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Das Berliner Abgeordnetenhaus hält das Flughafenschnellverfahren nach § 18 a des Asylverfahrensgesetzes für unvereinbar mit dem Grundrecht auf ein faires Asylverfahren für alle Asylsuchenden.

Der Senat wird deshalb aufgefordert, die Bundesratsinitiative der Länder Brandenburg und Rheinland-Pfalz zur Abschaffung des Flughafenasylverfahrens nach § 18 a des Asylverfahrensgesetzes (Bundesrats-Drucksache 391/12) zu unterstützen.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 01. Dezember 2012 zu berichten.

Begründung:

Das so genannte Flughafenasylverfahren nach § 18 a Asylverfahrensgesetz ist seit seiner Einführung Gegenstand massiver Kritik von Kirchen, Menschenrechts- und Flüchtlingsorganisationen. Mit dem Ziel, ein beschleunigtes Asylverfahren bereits vor der Entscheidung über die Einreise durchzuführen, werden ankommende Flüchtlinge bereits im Transitbereich des Flughafens festgehalten. Eine gründliche Prüfung von Asylgründen bleibt dabei in vielen Fällen unmöglich, genauso wie die angemessene Unterbringung und Betreuung von besonders schutzbedürftigen Flüchtlingen wie unbegleiteten Minderjährigen oder Traumatisierten. Das UN-Flüchtlingskommissariat (UNHCR) kritisiert neben der mangelnden Verfahrensqualität auch den unzureichenden Rechtsschutz für die Betroffenen. So könne ein Anwalt dem Gesetz zufolge erst nach der durchzuführenden Anhörung

kontaktiert werden. Die äußerst kurzen Rechtsmittelfristen beeinträchtigen zudem die Möglichkeit für Rechtsanwälte, Rechtsmittelverfahren sorgfältig vorzubereiten. Das Verfahren insgesamt führe zu grundsätzlichen Problemen im Kernbereich des Flüchtlingsschutzes, so der UNHCR-Vertreter für Deutschland und Österreich, Michael Lindenbauer, in einer Mitteilung vom 20.01.2012.

Die Landesregierungen von Brandenburg und Rheinland-Pfalz teilen diese Kritik und haben deshalb im Juli 2012 eine Bundesratsinitiative zur Abschaffung des Flughafenasylverfahrens (Bundesrats-Drs. 391/12) eingereicht. Das Land Berlin sollte sich dieser Initiative anschließen. Auf diesem Wege kann auch verhindert werden, dass am künftigen Großflughafen BER ein Gewahrsam zur Durchführung des Flughafenverfahrens in Betrieb genommen wird.

Berlin, d. 22. August 2012

U. Wolf Tas
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Die Linke

Pop Bayram
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Bündnis 90 / Die Grünen

Baum Reinhardt
und die übrigen Mitglieder der
Piratenfraktion